

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947

11 (28.1.1947)

NEUESTE NACHRICHTEN

Verlag: Badendruck GmbH, Karlsruhe a. Rh., Lamstr. 1b-5, Tel. 405/163. Erschließungsw. 5mal wöchentl. Ausgaben L. Karlsruhe, Kdn.-Land, Pforzheim (Ebersteinstr. 16) u. für Bruchsal, Friedrichstraße, Kaufhaus Schardt.

2. Jahrgang / Nummer 11 • Karlsruhe, Dienstag, 28. Januar 1947

Einzelverkaufspreis 20 Pfg., Monats-Bezugspreis RM 2,20, durch die Post bezogen RM 2,50 zuzügl. RM 0,36 Zustellgebühr. Anzeigenpreis: Die 10gesp. Nonp.-Zeile RM 2.—, Ausg. Pforzheim RM 1.—, Amtl. Amt. die Hälfte.

Oesterreichs Unabhängigkeit anerkannt

Südafrika für dezentralisiertes Deutschland — Holland fordert freie Benützung des Rheins — Rußland will Friedensvertrag-Ratifizierung durch deutsche Regierung

London, 27. Jan. (dena) Der Plan zu einem dezentralisierten und föderalistischen Deutschland, unter Ausschaltung Preußens, aber mit einer deutschen Zentralregierung wurde am 24. ds. Mts. den für Deutschland zuständigen Stellvertretern der Außenminister in London von der südafrikanischen Union vorgelegt. Südafrika würde die Verlegung der Ostgrenzen zu der Oder oder darüber hinaus mißbilligen. Es sei äußerst zweifelhaft, ob sich eine Regelung im wahren Interesse Polens liegen würde, sie könnte vielmehr dessen zukünftige Entwicklung gefährden. Eine mäßige Berichtigung der Grenzen zugunsten Polens sollte möglich sein, aber ein Schnitt in das Herz Deutschlands könnte sich als eine verzweifelte Spekulation herausstellen.

Die südafrikanische Regierung, so heißt es in der Erklärung weiter, erkenne die wirtschaftliche Bedeutung des Saargebietes für Frankreich an, würde sich aber scharf gegen eine Anektion aussprechen. Den kleineren Grenzberichtigungen, wie sie von den Regierungen Belgiens, Luxemburgs und Hollands vorgeschlagen wurden, stimme Südafrika im Prinzip zu. Im allgemeinen vertrete die südafrikanische Regierung den Standpunkt, daß alle an Deutschland direkt interessierten Regierungen berechtigt sein sollten, an der Arbeit der Grenzkommissionen teilzunehmen.

In bezug auf das Rheinland und das Ruhrgebiet vertrete die südafrikanische Regierung den Standpunkt, daß trotz der Notwendigkeit umfassender Kontrollmaßnahmen durch die Alliierten viel gewonnen werden könne, wenn diese Gebiete als Teil eines dezentralisierten und föderalistischen Deutschlands beibehalten werden würden.

Es bestehe die Gefahr eines weiteren wirtschaftlichen und sozialen Rückgangs, welcher Deutschland zu einer neuen Bedrohung Europas und der Welt machen könnte.

Österreich unabhängig und souverän
Die Sonderbeauftragten der Außenminister für den Vertrag mit Oesterreich erzielten am 25. ds. Mts. ihren ersten greifbaren Erfolg. Nachdem der südafrikanische Delegierte Scalan erklärt hatte, daß seine Regierung auf dem Standpunkt stehe, die österreichischen Grenzen keiner Veränderung zu unterziehen, kamen die Stellvertreter zu einer Einigung über Artikel 1 des Staatsvertrages für Oesterreich. In diesem Artikel heißt es, daß die alliierten und assoziierten Mächte die Wiedererrichtung Oesterreichs als unabhängigen und souveränen Staat anerkennen.

Die holländische Regierung überreichte den für Deutschland zuständigen Stellvertretern ein neues Memorandum, in dem die holländischen Gebietsforderungen an Deutschland niedergelegt sind.

Holland fordert danach die Bezirke Vreden und Anholt, die Städte Cleve und Emmerich, Grenzberichtigungen in der Nähe der holländischen Städte Roermond und Sittard und in der Nähe von Aachen.

Zur Wiederherstellung der niederländischen Prosperität sei, wie es in dem Memorandum heißt, ein freier Zugang zu dem natürlichen Hinterland Deutschlands notwendig. Die Niederlande müßten deshalb freie Benutzung des Rheins, nicht nur in technischer Hinsicht, sondern auch auf dem gesamten Gebiet des modernen Wirtschaftsverkehrs, sowohl hinsichtlich der Zölle, wie auch der Währungs- und Handelspolitik erlangen. Als Hinterland werden die deutschen Gebiete bis zu den Donauländern bezeichnet.

General Clay rügt deutsches Selbstbedauern
General Clay erklärte, daß er sich sehr selbst bedauern. Sie vertreten hier die Idee und ihre Fähigkeit fruchtbar zu machen, um aus dem Elend, in dem sich Deutschland z. Zt. befindet, herauszukommen. Keines der Probleme ist unlösbar. Lassen Sie sich nicht von lokalen und regionalen Erwägungen hemmen, sondern denken Sie an das Werk, das Sie für Ihr Volk zu vollenden haben.

Der „Draper-Plan“
Den Draper-Plan im Süddeutschen Kohlenbergbau erläuterte der hessische Wirtschaftsminister Dr. K. O. Dr. Der Plan ähnele in gewissem Sinn, dem Punkte-System an der Ruhr, mit dem Unterschied jedoch, daß in der amerikanischen Zone außer dem Bergmann auch die Familie zusätzlich Lebens- und Genußmittel erhalte.

Zur Robertson-Clay-Konferenz
Minden, 27. Jan. (dena) Die Konferenz in Essen gab insofern ein erfreuliches Bild, als sie in der entscheidenden Kohlenfrage zu völliger Übereinstimmung zwischen den Auffassungen der Militärregierungen und der verantwortlichen deutschen Stellen über die zu ergreifenden Maßnahmen führte, erklärte Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Theodor Seltzer am 25. Januar.

Dieser Erfolg bestärkt mich in der Hoffnung, daß sich in den vielen anderen Fragen eine gleiche Übereinstimmung erreichen läßt.

Der Bericht sollte bis zum Beginn der Moskauer Konferenz fertiggestellt sein und eine Darstellung über die Entwertung und die Wiedergutmachungsleistungen Deutschlands enthalten.

Pariser Zeitungsstimmen
Paris, 27. Jan. (dena-Reuter) Die meisten Pariser Zeitungen setzen sich am 25. ds. Mts. eingehend mit dem französischen Deutschlandplan auseinander, den sie im allgemeinen beifürworten.

Die radikale „Depeche de Paris“ erklärt: „In Paris wie in London wird die wirtschaftliche Einheit Deutschlands beifürwortet und ein politischer Zentralismus verworfen. Es ist wahrscheinlich, daß Washington und London über diese Frage vollkommen einer Meinung sind, und aus bestimmten Informationen ist zu schließen, daß Moskau in den wesentlichsten Problemen der gleichen Auffassung ist wie die Westmächte. Die vier Regierungen sind einig in dem Willen, ein künftiges Wiederaufleben des Pangermanismus, der die Welt mit einer neuen Katastrophe bedrohen würde, zu verhindern.“

Rußlands Friedensvorschl
London, 27. Jan. (ap) Von autoritativer Seite verlautete am Montag, Rußland habe formell vorgeschlagen, daß der deutsche Friedensvertrag von den vier Großmächten verfaßt und einer deutschen Regierung zur Ratifizierung vorgelegt werde.

Wie dena-INS dazu meldet, sieht der sowjetische Vorschlag zum Friedensvertrag mit Deutschland die Einberufung einer Vollversammlung vor, an der alle Nationen, die aktiv am Krieg gegen Hitler-Deutschland beteiligt waren, sowie Vertreter einer einsetzenden deutschen Regierung zur Darlegung des deutschen Standpunktes teilnehmen sollen. Die Konferenz soll nach der vollständigen Ausarbeitung des deutschen Friedensvertrages in Moskau einberufen werden.

Polens Forderungen
London, 27. Jan. (dena-Reuter) Der polnische Delegierte bei der Konferenz der Stellvertreter der Außenminister in London, Stefan Wierbowski, überreichte am Montag ein Memorandum zum Friedensvertrag für Deutschland, in dem weitreichende wirtschaftliche, territoriale und politische Ansprüche gegenüber Deutschland erhoben werden.

Die polnischen Materialverluste während des Krieges werden mit 11,7 Milliarden Dollar angegeben. Die Oder-Neiße-Linie bezeichnet das Memorandum als die neue deutsch-polnische Grenze. Polen behalte sich jedoch das Recht vor, einen genaueren Vorschlag über ihren Verlauf zu unterbreiten. In politischer Hinsicht tritt die polnische Regierung in dem Memorandum für die Einheit Deutschlands ein.

Churchill fordert Deutschlanddebatte
London, 27. Jan. (dena-Reuter) Winston Churchill, der Führer der Opposition, forderte am Donnerstag im britischen Unterhaus eine baldige Deutschlanddebatte.

Churchill erklärte, daß er eine Debatte über die Lage Deutschlands im Augenblick für vordringlicher halte, als allgemeine außenpolitische Angelegenheiten, über die in großem Maße Übereinstimmung zwischen Regierung und Opposition bestehe.

Frankreich für neue deutsche Verfassung
Washington, 27. Jan. (dena-Reuter) Die französische Regierung übermittelte, wie hier am Donnerstag berichtet wurde, den amerikanischen, sowjetrussischen und britischen Regierungen eine Note, in der eine neue deutsche Verfassung vorgeschlagen wird. Die Institution eines deutschen Nationalparlamentes oder Reichstages soll abgeschafft und Deutschland ähnlich wie zu Bismarcks Zeiten verwaltet werden, d. h. daß das Staatsgebiet aus einer dezentralisierten Föderation verhältnismäßig unabhängiger deutscher Staaten bestehen soll.

Zustimmung in Frankreich
Paris, 27. Jan. (dena-Reuter) Der Austausch der Ansichten zwischen Bevin und Stalin über das britisch-sowjetische Bündnis und dessen mögliche Ausweitung wurde am 26. d. Mts. in der französischen Presse als ein bedeutender Schritt zur friedlichen Stabilisierung aller politischen Gegensätze und Meinungen Europas angesehen.

England erleichtert
London, 27. Jan. (dena-Reuter) Die britischen Blätter geben allgemein ihrer Erleichterung darüber Ausdruck, daß Stalin die Zusicherung zum Vorgehen der Stuttgarter Spruchkammer gegen Dr. R. Maier und Wilhelm Simpfendörfer gegeben habe.

Stuttgart, 27. Jan. (dena) „Ich war schon immer ein radikaler Gegner der Nazis“, erklärte der württembergisch-badische Kultusminister Wilhelm Simpfendörfer, dessen Einstufung in die Gruppe der Hauptschuldigen am 23. Januar vom öffentlichen Ankläger bei der Spruchkammer Stuttgart, Franz Karl Maier, beantragt wurde.

Der Minister betonte, er habe den Kampf gegen den Nationalsozialismus nach 1933 nur mit anderen Mitteln weitergeführt. Seine Haltung bei dem Zustandekommen des Ermächtigungsgesetzes sei von der Auffassung bestimmt gewesen, der Nationalsozialismus müsse an die Macht kommen, damit er sich ablöse. Er sei damals überzeugt gewesen, daß der Nationalsozialismus nicht länger als sechs Wochen an der Macht bleiben werde.

Aus aller Welt

Washington, Vorschläge für umfassende praktische Maßnahmen zur Steigerung der Nahrungsmittelproduktion in der ganzen Welt sowie zur Stabilisierung der Preise für Agrarprodukte hat am 24. d. Mts. der Vorbereitungsausschuß der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen einstimmig genehmigt. (dena)

Chapel Hill (North Carolina), Herschel Johnson, der amerikanische Vertreter im Sicherheitsrat, erklärte am 24. d. Mts.: „Die Welt hat keine andere Möglichkeit mehr. Sie muß nun wählen zwischen einem Atomkrieg mit all seinen Schrecken oder einem dauerhaften Frieden, der nur durch strenge Kontrolle (der Atomenergie) errichtet werden kann.“ (dena-INS)

Paris, „Meine Regierung hat kein anderes Ziel, als die Politik fortzusetzen, die Leon Blum begonnen hat“, erklärte der neue französische Ministerpräsident Paul Radau am 24. d. Mts. in einer Rundfunkansprache an das französische Volk. (dena-Reuter)

Nanking, Chinesische Regierungstruppen sind am 24. d. Mts. in den südlichen Teil der Provinz Schantung eingedrungen und haben sich des gesamten Ostteils der Eisenbahnlinie bemächtigt. (dena)

Letzte Neuigkeiten

Weiterhin 1550 Kalorien
Berlin, 28. Jan. (dena) Die gegenwärtige Lebensmittelzuteilung für Normalverbraucher in der britischen und US-Zone in Höhe von 1550 Kalorien wird in der am 3. Februar 1947 beginnenden 98. Zuteilungsperiode aufrecht erhalten werden.

„Es spricht Hans Fritsche“
Nürnberg, 28. Jan. Tom Reedy, Korrespondent der Associated Press, schreibt: Vor einer Spruchkammer in Nürnberg erklärte Hans Fritsche am Montag, er sei von der nationalsozialistischen Führung, an die er einst glaubte, selbst „verführt“ worden.

Keine plötzliche Währungsänderung
München, 27. Jan. (dena) „Eine Währungsreform von heute auf morgen ist nicht zu erwarten“, erklärte am 23. d. Mts. der Staatssekretär im bayerischen Finanzministerium Dr. Hans Müller. Der bayerischen Staatsregierung sei vielmehr zugesagt worden, daß sie rechtzeitig zu Besprechungen über einen Währungsplan hinzugezogen werde.

Verhandlungen in Kairo gescheitert
Kairo, 27. Jan. (dena-Reuter) Die anglo-ägyptischen Verhandlungen seien erfolglos verlaufen, und die ägyptische Regierung habe keine Hoffnung mehr, daß die beiden Parteien zu einem Übereinkommen gelangen können, erklärte am 23. d. Mts. ein hoher ägyptischer Beamter in einem Presseinterview.

„Es ist jetzt unvernünftig, daß wir diese Angelegenheit vor die UN bringen, und dies wird in den nächsten Tagen, wahrscheinlich am 27. d. Mts., geschehen. Es wird keinen Vertrag zwischen Ägypten und Großbritannien geben.“

KURZ BELEUCHTET

Ueber die deutsche Not viel zu reden, erübrigt sich; wir alle spüren sie in einer Härte, der gegenüber Worte nur unzureichend Ausdruck sind. Wie sehr diese Not — das Erbe des Nazismus — durch den ungewöhnlich strengen Winter verschärft worden ist, braucht nicht erörtert zu werden. Auch hier sind Worte gegenüber den Tatsachen zu schwach. Dieser Winter stellt die deutsche Verwaltung und die Militärbehörden vor Probleme schwieriger Natur, er stellt an die Widerstandskraft einer körperlich schwachen und seelisch ermüdeten Bevölkerung Ansprüche, die drohen, die Kräfte zu übersteigen. Kein vernünftiger Mensch wird bestreiten, daß die Situation sehr ernst und nicht zu beschönigen ist. Kein Einsichtiger aber wird zu behaupten wagen, daß durch Notrufe und Klagen oder gar durch Versinken in eine an Hoffnungslosigkeit grenzende Resignation irgend etwas gebessert werden könnte. Die Verantwortung an deutscher Regierungsstelle, die Dienststellen der Militärregierung —, sie beide wissen aus genauester Kenntnis, wie bedrohlich die Lage ist. Aber sie begnügen sich nicht mit diesem Wissen, sondern sie tun alles nur Erdenkliche, eine Lage zu meistern, die kritisch in dem zu konstatierenden Maße schließlich durch einen Kälteeinbruch geworden ist, der keine Dauererscheinung, sondern doch nur eine solche vorübergehender Natur darstellt. Nun Kassandrurufe auszustößen, ist menschlich wohl verständlich, aber, wie gesagt, zwecklos. Und es scheint uns, als neige die deutsche Mentalität gegenwärtig allzu sehr zu einem Selbstbedauern, das nur nicht lieber vergegenwärtigen, daß wir durch lange Jahre von Feuer und Blut gegangen sind und nun trotz aller Misere unserer Tage doch an der Schwelle einer besseren Zeit stehen. Sie fällt uns nicht in den Schoß. Was in langen Jahren zerschlagen worden ist, läßt sich nicht in knapp zwei Jahren reparieren. Es bedarf der zähen Arbeit. Und wenn sie uns noch so schwer fällt, diese Arbeit muß getan werden. Man leistet uns Hilfe, so weit es im Bereich des Möglichen liegt, aber dem Denkenden wird klar sein, daß man uns nicht alles Fehlende zu geben vermag. Es muß erarbeitet werden. Bei solcher Arbeit aber sind Mut- und Hoffnungslosigkeit die schlechtesten Bundesgenossen. Auch dieser Winter der harten Not wird überwunden werden; es muß doch Frühling werden. Lassen wir ab von dem tälhämenden Selbstbedauern und vergegenwärtigen wir uns das Wort Geibels, das Wirtschaftsminister Hermann Veit kürzlich wohlüberlegt zitierte: „Wenn etwas ist, gewaltig, als das Schicksal, dann ist's der Mut, der's unerschütterlich trägt.“ W. S.

General Marshall geht nach Moskau
Washington, 27. Jan. (ap) Der neue amerikanische Außenminister, General Marshall, wird am 10. März in Moskau beginnenden Außenministerkonferenz teilnehmen.

Wie dena ergänzend mitteilt, wurde der demokratische Senator Tom Connally von Präsident Truman und Außenminister Marshall aufgefordert, an den kommenden Außenministerbesprechungen in Moskau teilzunehmen. Er werde dieser Einladung Folge leisten.

Zum französischen Deutschlandplan
Paris, 27. Jan. (dena-Reuter) Den französischen Vorschlag zur Errichtung eines deutschen Staatenbundes bezeichnete am 24. d. Mts. ein Sprecher des französischen Außenministeriums als einen Plan, der eine strikte alliierte Kontrolle über Deutschland vorsieht, aber nicht das Eigenleben der einzelnen Länder zerstören soll.

Der Plan sieht im allgemeinen die Schaffung einer Anzahl Länder mit eigenen Verfassungen vor. Die wirtschaftliche Einheit dieser Länder soll durch die Errichtung eines deutschen zentralen Bundes, in den Vertreter der einzelnen Länder entsandt werden, hergestellt werden.

Der erste Teil des franz. Memorandums, der die innere Verwaltung der einzelnen Länder behandelt, ist wiederum in zwei Abschnitte unterteilt. Der erste befaßt sich mit den Ministerien, für die die Länder volle Verantwortung tragen.

Der nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages zu errichtende Staatenbund soll durch einen Bundespräsidenten regiert werden.

Pariser Zeitungsstimmen
Paris, 27. Jan. (dena-Reuter) Die meisten Pariser Zeitungen setzen sich am 25. ds. Mts. eingehend mit dem französischen Deutschlandplan auseinander, den sie im allgemeinen beifürworten.

Die radikale „Depeche de Paris“ erklärt: „In Paris wie in London wird die wirtschaftliche Einheit Deutschlands beifürwortet und ein politischer Zentralismus verworfen. Es ist wahrscheinlich, daß Washington und London über diese Frage vollkommen einer Meinung sind, und aus bestimmten Informationen ist zu schließen, daß Moskau in den wesentlichsten Problemen der gleichen Auffassung ist wie die Westmächte. Die vier Regierungen sind einig in dem Willen, ein künftiges Wiederaufleben des Pangermanismus, der die Welt mit einer neuen Katastrophe bedrohen würde, zu verhindern.“

Rußlands Friedensvorschl
London, 27. Jan. (ap) Von autoritativer Seite verlautete am Montag, Rußland habe formell vorgeschlagen, daß der deutsche Friedensvertrag von den vier Großmächten verfaßt und einer deutschen Regierung zur Ratifizierung vorgelegt werde.

Wie dena-INS dazu meldet, sieht der sowjetische Vorschlag zum Friedensvertrag mit Deutschland die Einberufung einer Vollversammlung vor, an der alle Nationen, die aktiv am Krieg gegen Hitler-Deutschland beteiligt waren, sowie Vertreter einer einsetzenden deutschen Regierung zur Darlegung des deutschen Standpunktes teilnehmen sollen. Die Konferenz soll nach der vollständigen Ausarbeitung des deutschen Friedensvertrages in Moskau einberufen werden.

Polens Forderungen
London, 27. Jan. (dena-Reuter) Der polnische Delegierte bei der Konferenz der Stellvertreter der Außenminister in London, Stefan Wierbowski, überreichte am Montag ein Memorandum zum Friedensvertrag für Deutschland, in dem weitreichende wirtschaftliche, territoriale und politische Ansprüche gegenüber Deutschland erhoben werden.

Notenwechsel zwischen Bevin-Stalin

Übereinstimmung über den anglo-sowjetischen Vertrag — Stalin wünscht Erörterung einer Abänderung

Ich kann die Gründe, die hinter einer derartigen Argumentation stecken, nicht einsehen, und ich bin so sehr über den Prawda-Artikel erstaunt, als ich von Feldmarschall Montgomery höre, sie hätten erklärt, er enthalte bezüglich des Vertrages nicht ihre eigene Ansicht, gewiß entspricht er auch nicht meiner Auffassung.

Nachdem die Prawda diesen irreführenden Artikel veröffentlicht hat, werde ich mich anders überlegen, als eine Erklärung abzugeben, die sie nach meinem Wunsch im voraus zur Kenntnis nehmen sollen, worin die Ansichten der Regierung seiner Majestät über dieses Thema noch einmal klargestellt werden. Ich schlage vor, die Erklärung am Morgen des 20. Januar zu veröffentlichen.

Der Text der Antwort Stalins vom 23. Januar hat folgenden Wortlaut:
„Ich habe Ihre Botschaft vom 18. Januar erhalten. Ich muß gestehen, daß mich Ihre Feststellung, Großbritannien sei an niemandem gebunden außer an die Vereinigten Staaten, sehr überrascht hat. Ich bin in diesem Freundschaft mißbraucht worden. Für mich ist es klar: welche Vorbehalte in dem anglo-sowjetischen Vertrag auch enthalten sind, und ganz gleich, welche Absicht die Bedeutung des Vertrages sein mag, die Reserven der beiden Vertragspartner, die durch diese Reservaten in dem anglo-sowjetischen Vertrag festgelegt sind, unsere Staaten verpflichten.“

Gerade an diese Umstände dachte ich, als ich in meinem Interview mit Mr. Alexander Werth (dem Korrespondenten der Londoner „Sunday Times“) vom 17. Sept. feststellte, daß die Sowjetunion durch den Vertrag zur gegenseitigen Hilfe verpflichtet worden ist, das heißt also, Großbritannien gebunden ist, das heißt also, Großbritannien gegenüber Verpflichtungen hat, ganz abgesehen von den Verpflichtungen aus der Charta.

Ihre Botschaft und die Feststellung der britischen Regierung erklären jedoch die Angelegenheit vollständig und lassen für keinerlei Mißverständnisse Raum. Es ist nunmehr klar, daß Sie und ich hinsichtlich des anglo-sowjetischen Vertrages den gleichen Standpunkt vertreten.

Was die Verlängerung des anglo-sowjetischen Vertrages anbelangt, sind die Ansichten der britischen Regierung besonders bezeichnend, so muß ich sagen, daß es notwendig wäre, den Vertrag von den ihm einschneidenden Vorbehalten zu befreien, wenn seine Verlängerung ernstlich diskutiert werden soll. Nur nach einer deutlichen Abänderung wäre es möglich, eine Verlängerung des Abkommens ernsthaft zu besprechen.“

Zustimmung in Frankreich
Paris, 27. Jan. (dena-Reuter) Der Austausch der Ansichten zwischen Bevin und Stalin über das britisch-sowjetische Bündnis und dessen mögliche Ausweitung wurde am 26. d. Mts. in der französischen Presse als ein bedeutender Schritt zur friedlichen Stabilisierung aller politischen Gegensätze und Meinungen Europas angesehen.

England erleichtert
London, 27. Jan. (dena-Reuter) Die britischen Blätter geben allgemein ihrer Erleichterung darüber Ausdruck, daß Stalin die Zusicherung zum Vorgehen der Stuttgarter Spruchkammer gegen Dr. R. Maier und Wilhelm Simpfendörfer gegeben habe.

Stuttgart, 27. Jan. (dena) „Ich war schon immer ein radikaler Gegner der Nazis“, erklärte der württembergisch-badische Kultusminister Wilhelm Simpfendörfer, dessen Einstufung in die Gruppe der Hauptschuldigen am 23. Januar vom öffentlichen Ankläger bei der Spruchkammer Stuttgart, Franz Karl Maier, beantragt wurde.

Der Minister betonte, er habe den Kampf gegen den Nationalsozialismus nach 1933 nur mit anderen Mitteln weitergeführt. Seine Haltung bei dem Zustandekommen des Ermächtigungsgesetzes sei von der Auffassung bestimmt gewesen, der Nationalsozialismus müsse an die Macht kommen, damit er sich ablöse. Er sei damals überzeugt gewesen, daß der Nationalsozialismus nicht länger als sechs Wochen an der Macht bleiben werde.

Die Lage nicht hoffnungslos

Wirtschaftsverhandlungen in Minden u. Essen — Hoffnungslose Betrachtung der augenblicklichen schweren Lage, die anscheinend keinen Ausweg zeigt, sei nicht gerechtfertigt, sagte hier am 25. Januar der neue Leiter des Zweizonen-Verwaltungsamtes für Wirtschaft, Dr. Viktor Aartz, in seiner Begrüßungsansprache, die er anlässlich des Besuches des stellvertretenden britischen Militärgouverneurs, General Robertson und Generals Keating, des Vertreters General Clays, hielt.

General Robertson wandte sich dann der Frage der Kohlenförderung zu und sagte, daß ein wirklicher Fortschritt erzielt worden sei, und daß der Arbeitseinsatz in den Bergwerken einen guten Erfolg als bisher bringen werde. Nach seinen Angaben hat die Steinkohlenförderung bereits die „sehr stattliche Menge“ von 221.000 t erreicht.

„Keines der Probleme unlösbar“
Essen, 27. Jan. (dena-DPD) Ein Zugang von wöchentlich 2.000 Bergarbeitern im Ruhrrevier ist notwendig, um das zunächst gesteckte Förderungsziel zu erreichen, erklärte General

tischen und amerikanischen Zone in Anwesenheit von General Clay, dem stellv. Generalgouverneur der amerikanischen Zone, geführten Besprechungen.

Er kam dann auf die Frage der deutschen Kriegsgefangenen zu sprechen und sagte, wenn General Clay und er zu bestimmen hätten, dann kämen alle Kriegsgefangenen bereits morgen zurück. Eine solche Entscheidung gehe jedoch weit über ihren Kompetenzbereich hinaus. Weder General Clay noch er beabsichtigen, dem Gedanken der Einführung einer Dienstverpflichtung für den Bergbau näher zu treten.

General Lucius D. Clay erklärte: „Ich kann mich der Überzeugung nicht entziehen, daß Sie sich zu sehr selbst bedauern. Sie vertreten hier die Idee und ihre Fähigkeit fruchtbar zu machen, um aus dem Elend, in dem sich Deutschland z. Zt. befindet, herauszukommen. Keines der Probleme ist unlösbar. Lassen Sie sich nicht von lokalen und regionalen Erwägungen hemmen, sondern denken Sie an das Werk, das Sie für Ihr Volk zu vollenden haben.“

Der „Draper-Plan“
Den Draper-Plan im Süddeutschen Kohlenbergbau erläuterte der hessische Wirtschaftsminister Dr. K. O. Dr. Der Plan ähnele in gewissem Sinn, dem Punkte-System an der Ruhr, mit dem Unterschied jedoch, daß in der amerikanischen Zone außer dem Bergmann auch die Familie zusätzlich Lebens- und Genußmittel erhalte.

Zur Robertson-Clay-Konferenz
Minden, 27. Jan. (dena) Die Konferenz in Essen gab insofern ein erfreuliches Bild, als sie in der entscheidenden Kohlenfrage zu völliger Übereinstimmung zwischen den Auffassungen der Militärregierungen und der verantwortlichen deutschen Stellen über die zu ergreifenden Maßnahmen führte, erklärte Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Theodor Seltzer am 25. Januar.

Dieser Erfolg bestärkt mich in der Hoffnung, daß sich in den vielen anderen Fragen eine gleiche Übereinstimmung erreichen läßt.

Erklärung Minister Kamms

Zum Vorgehen der Stuttgarter Spruchkammer gegen Dr. R. Maier und Wilhelm Simpfendörfer

Stuttgart, 27. Jan. (dena) „Ich war schon immer ein radikaler Gegner der Nazis“, erklärte der württembergisch-badische Kultusminister Wilhelm Simpfendörfer, dessen Einstufung in die Gruppe der Hauptschuldigen am 23. Januar vom öffentlichen Ankläger bei der Spruchkammer Stuttgart, Franz Karl Maier, beantragt wurde.

Der Minister betonte, er habe den Kampf gegen den Nationalsozialismus nach 1933 nur mit anderen Mitteln weitergeführt. Seine Haltung bei dem Zustandekommen des Ermächtigungsgesetzes sei von der Auffassung bestimmt gewesen, der Nationalsozialismus müsse an die Macht kommen, damit er sich ablöse. Er sei damals überzeugt gewesen, daß der Nationalsozialismus nicht länger als sechs Wochen an der Macht bleiben werde.

Churchill fordert Deutschlanddebatte
London, 27. Jan. (dena-Reuter) Winston Churchill, der Führer der Opposition, forderte am Donnerstag im britischen Unterhaus eine baldige Deutschlanddebatte.

Churchill erklärte, daß er eine Debatte über die Lage Deutschlands im Augenblick für vordringlicher halte, als allgemeine außenpolitische Angelegenheiten, über die in großem Maße Übereinstimmung zwischen Regierung und Opposition bestehe.

Frankreich für neue deutsche Verfassung
Washington, 27. Jan. (dena-Reuter) Die französische Regierung übermittelte, wie hier am Donnerstag berichtet wurde, den amerikanischen, sowjetrussischen und britischen Regierungen eine Note, in der eine neue deutsche Verfassung vorgeschlagen wird. Die Institution eines deutschen Nationalparlamentes oder Reichstages soll abgeschafft und Deutschland ähnlich wie zu Bismarcks Zeiten verwaltet werden, d. h. daß das Staatsgebiet aus einer dezentralisierten Föderation verhältnismäßig unabhängiger deutscher Staaten bestehen soll.

Zustimmung in Frankreich
Paris, 27. Jan. (dena-Reuter) Der Austausch der Ansichten zwischen Bevin und Stalin über das britisch-sowjetische Bündnis und dessen mögliche Ausweitung wurde am 26. d. Mts. in der französischen Presse als ein bedeutender Schritt zur friedlichen Stabilisierung aller politischen Gegensätze und Meinungen Europas angesehen.

England erleichtert
London, 27. Jan. (dena-Reuter) Die britischen Blätter geben allgemein ihrer Erleichterung darüber Ausdruck, daß Stalin die Zusicherung zum Vorgehen der Stuttgarter Spruchkammer gegen Dr. R. Maier und Wilhelm Simpfendörfer gegeben habe.

Stuttgart, 27. Jan. (dena) „Ich war schon immer ein radikaler Gegner der Nazis“, erklärte der württembergisch-badische Kultusminister Wilhelm Simpfendörfer, dessen Einstufung in die Gruppe der Hauptschuldigen am 23. Januar vom öffentlichen Ankläger bei der Spruchkammer Stuttgart, Franz Karl Maier, beantragt wurde.

Der Minister betonte, er habe den Kampf gegen den Nationalsozialismus nach 1933 nur mit anderen Mitteln weitergeführt. Seine Haltung bei dem Zustandekommen des Ermächtigungsgesetzes sei von der Auffassung bestimmt gewesen, der Nationalsozialismus müsse an die Macht kommen, damit er sich ablöse. Er sei damals überzeugt gewesen, daß der Nationalsozialismus nicht länger als sechs Wochen an der Macht bleiben werde.



General Lucius D. Clay (links) und Sir Brian Robertson (rechts). (dena-Bild)



Vincent Auriol, Präsident der Republik Frankreich, trägt sich in das „Goldene Buch des Triumphbogens“ ein. (dena-Bild)

Zum wahren Frieden

Von A. Schnorr
Verbandsdirektor des Badischen Genossenschaftsverbandes (Schulze-Delitsch) e. V.

Die ganze Menschheit sehnt sich nach einem wahren Frieden und hat es bis jetzt noch nicht fertiggebracht, daß dieser Friede gewonnen wird und erhalten bleibt. In Anbetracht des grenzenlosen Elendes, das die Kriege der Menschheit immer wieder gebracht haben, sollte man glauben, daß jeder Mensch nun den festen Vorsatz faßt, das zu tun, was dem Frieden dient, und alles zu vermeiden, was den Frieden stören könnte. Den gleichen Geist und Entschluß, den Weg zum wahren Frieden zu gehen, sollte man auch bei allen verantwortlichen Staatsmännern, die ihrem Volk ehrlich dienen wollen, voraussetzen.

Während des Krieges hat man im Volke immer wieder die Stimme gehört: Das Volk will keinen Krieg. Es sind nur die Führer des Volkes, die zum Krieg treiben. Wir sind dabei, eine neue Zeit aufzubauen, und wir wollen dazu auch einen neuen Geist wecken, der dazu beitragen kann, daß Kriege verhindert werden. Durch eine neue Verfassungsmöglichkeit wird die Grundlage zum Frieden geschaffen und ein friedliches Zusammenleben sichergestellt. Wenn dieses mit Erfolg erreicht werden soll, dann muß die Verfassung vor allem die Gewähr dafür bieten, daß des Volkes Wille heilig geachtet wird und daß weder in der Politik, noch in der Wirtschaft, nur wenige Männer die Macht an sich reißen können. Des Volkes Wille, verankert im Naturrecht und Gottesgesetz, muß oberstes Gebot in jedem Staate sein.

Die Menschen haben es fertiggebracht, große, gewaltige Leistungen zu vollbringen. Sie haben es aber nicht fertiggebracht, daß alle Menschen ihre Existenz, Arbeit und Brot haben. Durch die gewaltsamen Eingriffe in die Naturgesetze hat man das Gleichgewicht gestört und versucht nun durch Notmaßnahmen, Planwirtschaft, das hervorgerufene Elend zu bannen. Wir wissen, daß wir zu ZL ohne eine bestimmte Planung nicht auskommen können. Eine Planung, wenn sie in britischer Form im Volke selbst verankert ist. Es darf keine Planwirtschaft sein, die sich in einem bürokratischen Geist verkrampft, sondern sie muß gelenkt werden, nach dem Willen des Volkes. Man sucht zu ZL den Weg des sozialen Ausgleichs, der sozialen Gerechtigkeit, und man glaubt ihn gefunden zu haben, indem man viele Zweige der Wirtschaft verstaatlichen will. Die Verstaatlichung ist die Verankerung, der Schlußpunkt der Planwirtschaft. Sie ist eine Maßnahme aus der Not, aus dem Elend geboren, wobei wir feststellen müssen, daß es nicht in allen Fällen die ideale Lösung ist. Denn auch beim Staatskapitalismus besteht, wie bei jedem Kapitalismus, die Gefahr des Despotismus. Wie bei der Politik ist auch bei der Wirtschaft die Lenkung, die vom Volke umherbar ausgeht, die Beste. Wir haben diese die Demokratie in der Politik ist, das ist in der Wirtschaft die Genossenschaft. Den Weg zur Genossenschaft hat man in Deutschland vor hundert Jahren gefunden. Der Existenzkampf des Handwerks hat dazu geführt, Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung ist das Geheimnis des gesellschaftlichen Erfolges. Der Mensch will sein Geschick selbst lenken. Nur so ist er auf die Dauer interessiert und zum letzten Kraftesatz bereit. Die beste Demokratie wird sich immer dort entfalten, wo das Volk die Erkenntnis und die Möglichkeit hat, unmittelbar die Regierungsgewalt selbst auszuüben. Genau so ist es in der Wirtschaft. Der Arbeiter wird in einem Genossenschaftsbetrieb, bei welchem er selbst Mitglied, also Mitgestalter ist und in der Generalversammlung mitzureden hat, genau wie die Betriebsleitung, es besser anpfänden, daß er selbst für sich gearbeitet, wie ein Arbeiter in einem Staatsbetrieb. Wir haben die Beweise dafür, daß die Verstaatlichung durchgeführt wurde; denn das Kollektivsystem vermag sich nur durchzusetzen, wenn man den einzelnen Arbeiter durch einen bestimmten Leistungszwang einspannt. Die beste Leistung wird immer dort erzielt werden, wo der Arbeitende auch den Ertrag seiner Leistung erhält. Aus diesem Grunde verdient das Einzelunternehmen in der Wirtschaft den Vorzug. Erst dann, wenn der Unternehmer seiner Aufgabe gegenüber dem Staate durch mangelnde Leistung, oder gegenüber seinen Mitarbeitern durch ein unsoziales Verhalten, oder weil es über die Kraft des Einzelnen hinausgeht, nicht mehr gerecht werden kann, kommt die gesellschaftliche Form und hier in erster Linie die Genossenschaft in Frage. Die Flüchtlinge und Umsiedler, die zu uns kommen, wollen am Schicksal meistern durch die staatliche Hilfe die Genossenschaft. Nicht die staatliche Hilfe ist die beste, sondern die Selbsthilfe. Um die gewaltigen Aufgaben des Wiederaufbaues zu lösen, haben sich alle Genossenschaften zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Die Genossenschaften aller Stände und Richtungen, die Ein- und Verkauf-, die Produktions-, Wohnungs-, Bau-, Kreditgenossenschaften usw. sind hier vertreten. Bei allen genossenschaftlichen Fragen sollte diese Arbeitsgemeinschaft gehört werden. Das gilt für die Regierungen bei ihren Entscheidungen über wirtschaftliche und genossenschaftliche Fragen und für die Kreise, welche eine Genossenschaft gründen oder ihren Betrieb in die genossenschaftliche Form umwandeln wollen. Genossenschaftlicher Geist der Gemeinschaftslehre, es ist der Geist, der gegen die kapitalistische Ichsucht kämpft, es ist der Geist, der uns allein aus der Not herausheilen kann. Es gibt kein System, das sich besser bewährt hat, in dem die Leistungen des Einzelnen zum Wohl der Gesamtheit sich besser auswirken. Wer sich in dem Genossenschaftswesen auskennt, weiß, wie die Genossenschaften gemeinnützig und segensreich zu allen Zeiten, vor allem auch durch die Preisregulierungen gewirkt haben. Auch jetzt haben wir wieder ein Beispiel davon erlebt. Die Genossenschaften der Welt haben sich bei der Bewirtschaftung des Erdöls eingeschaltet und damit den Kampf gegen die Erdölmonopol-Betriebe aufgenommen. Ihr erster Erfolg war, daß die Erdölpreise sich um die Hälfte verringert haben. Wenn wir das Volk vor der kapitalistischen Ausbeutung und Verelendung schützen wollen, dann gibt es keine bessere Möglichkeit, als den bewährten Zusammenschluß in der Genossenschaft.

Nach keine Einigung für einheitliche Gewerkschaften
London, 27. Jan. (dena-Reuter) Die von den USA und der Sowjetunion durchgeführten Besprechungen über die Art der für ganz Deutschland zu bildenden Gewerkschaften, die rund sechs Millionen deutscher Arbeiter aufnehmen sollen, sind auf einem toten Punkt angelangt. Diese Frage wird nunmehr zur endgültigen Regelung an den Rat der Außenminister weitergeleitet werden.

Der Nazismus in Deutschland

Warnender internationaler Komiteebericht — General Clay: „Fortschritte der demokratischen Erneuerung Deutschlands“

London, 27. Jan. (dena-Reuter) Ein internationales Komitee zum Studium europäischer Fragen, dem führende Staatsmänner Großbritanniens, Frankreichs, Belgiens, Dänemarks und Hollands angehören, veröffentlichte am 25. d. Mts. einen Bericht über Deutschland, in dem festgestellt wird, daß „die Nazipartei in Deutschland sich in aller Stille durch allmähliche Gewinnung der Kontrolle über demokratischen Institutionen für einen Wiederaufstieg reorganisiert.“

Der Bericht, dessen erster Teil jetzt veröffentlicht wird, ist an den Premierminister und Außenminister der alliierten Nationen gesandt worden.

„Es existiert gegenwärtig in Deutschland ein Netz von nationalsozialistischen Organisationen“, heißt es in dem Bericht, „deren Einfluß mit jedem Monat zunimmt.“

Der Bericht des Komitees schließt mit den Worten: „Am Vorabend der Friedenskonferenz für Deutschland erscheint es notwendig, die Tatsachen zu betrachten, wie sie sind und nicht wie man hofft, daß sie sein mögen und die öffentliche Meinung aufrichtig hierüber zu unterrichten. Falls dies nicht getan werden sollte, erscheint es schwierig, eine gesunde Grundlage für einen dauernden Frieden zu errichten, der weiterhin die Haupt Sorge der Völker der Vereinten Nationen ist.“

Sumner Sewall und General Clay sind hoffnungsvoller

Stuttgart, 27. Jan. (dena) „Die Regierungsprobleme“, so erklärte der Leiter der amerikanischen Militärregierung für Württemberg-Baden, Gouverneur Sumner Sewall, „sind in Deutschland nicht so verschieden von denen in den USA, wie dies vielleicht auf den ersten Blick scheint.“ Er freude sich, die Anfänge der Demokratie in Deutschland wachsen zu sehen.

Zu der Anklageschrift des öffentlichen Anklägers Franz Karl Maier gegen den württembergisch-badischen Ministerpräsidenten Reinhold Maier und Kultusminister Sempfenhöfer erklärte Sumner Sewall, dies sei eine rein deutsche Angelegenheit. Die Militärregierung beobachte jedoch ihre Weiterentwicklung mit größtem Interesse.

Auf die Frage nach einer Klärung in der Übertragung der auf der Inventarliste stehenden Firmen auf die Reparationsstelle erwiderte Sewall, daß diese Frage in Berlin entschieden werde. Allerdings seien auf Antrag der hiesigen amerik. Behörden eine kleine Anzahl von Firmen von der Inventarliste abgesetzt worden.

Kritik des Internationalen Komitees verfrüht.
Berlin, 27. Jan. (dena) „Es ist zu früh für die Behauptung, daß die Deutschen der Demokratie nicht zugänglich seien“, erklärte nach einer AP-Meldung in „Stars and Stripes“ General Lucius D. Clay, der stellv. amerik. Militärgouverneur für Deutschland, in einer Stellungnahme zu dem Bericht des Internationalen Komitees zum Studium europäischer Fragen,

Die Waffenablieferungs-Amnestie

Letzte straffreie Ablieferungsmöglichkeit in der Zeit vom 1.—10. Februar

Stuttgart, 27. Jan. (dena). Die Militärregierung hat eine befristete Amnestie erlassen, um der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, verbotene Gegenstände abzuliefern bzw. deren Lagerort zu melden. Die Bekanntmachung lautet wie folgt:

„Auf Anordnung der Militärregierung ergeht folgende Bekanntmachung über eine Amnestie für die Nichtablieferung von Waffen und Munition. 1. Um der Zivilbevölkerung Gelegenheit zu geben, verbotene Gegenstände abzuliefern oder deren Lagerort zu melden, wird hiermit eine befristete Amnestie gemäß den in Artikel 2 festgelegten Bestimmungen erlassen.“

Es wird hiermit bekanntgegeben, daß in der Zeit vom 1. Februar 1947, 00.01 Uhr, bis zum 10. Februar 1947, 24 Uhr, für Verstoße gegen den Befehl Nr. 2 des Alliierten Kontrollrates und gegen Artikel 1, Ziffer 9 der Verordnung Nr. 1 der amerikanischen Militärregierung hinsichtlich Schusswaffen aller Art, einsch. Jagdgewehre, Luftgewehre, Munition und Sprengstoffe und mit Bezug auf sämtliche anderen Waffen jeglicher Art keine strafrechtliche Verfolgung stattfindet, vorausgesetzt, daß solche Gegenstände abgeliefert oder über ihr Vorhandensein Meldung erstattet wird, so daß die Ablieferung erfolgen kann.

Alle diese Waffen müssen während dieses Zeitraumes bei der nächsten deutschen polizeilichen Dienststelle abgeliefert oder angemeldet werden. Die Ablieferung und Anmeldepflicht bezieht sich nicht auf die Waffen solcher Personen, denen eine ausdrückliche Ermächtigung zum Besitz oder Tragen der Waffe von der Militärregierung oder einer anderen Stelle der amerikanischen Armee gewährt ist. Die Amnestie verfolgt nicht den Zweck, Zivilpersonen von der Vorhaftung zu befreien, welche während der Dauer der Amnestie in Besitz von verbotenen Gegenständen angetroffen werden oder von

Das muß einmal gesagt werden

Von Rosa Mantel

Männer und Frauen, alte und junge Menschen saßen im Konzerthaus um „Fidelio“ zu hören, das hohe Lied einer Frauenliebe und Frauentreue, die keinem Kampf schont, um den Gatten zu sehen und zu befreien.

Männer und Frauen aber saßen auch kurze Zeit vorher in denselben Reihen, als davon gesprochen wurde, daß die Moral der deutschen Frau tief gesunken sei, und als ihre Fähigkeit im harten Lebenskampf zu bestehen, bezweifelt wurde. Und hier, bei diesen kühlen Worten wehrten sich innerlich viele Frauen: Das ist nicht so bei allen deutschen Frauen und Mädchen; es muß das einmal gesagt werden.

Frauen erleben die Welt nicht als festes Gefüge, sondern entsprechend ihrer Anlage und ihrer Wesensart. Deshalb kann nie von der Frau im allgemeinen gesprochen werden. Die Frau ist individuell in der Auswirkung der Persönlichkeit.

Als im März 1933 Fanfaren ertönten und ein Fackelzug sich durch die nächtlichen Straßen wälzte, zogen neben vielen Männern auch viele Frauen mit. Aber abseits standen auch im Dunkeln mit Tränen in den Augen Frauen, die ihrer Überzeugung treu geblieben waren und die ahnten, welch' trauriges Schicksal auf Deutschland wartete. Und es kamen bald jene grausamen Märdinnen, in denen viele Männer abgeholt wurden in die Gefängnisse oder KZ-Lager und in denen so viele vor der Gestapo flüchten mußten ins Ausland, weg von Eltern oder von Frau und Kind. Still und einsam mußten deren Frauen in der Folgezeit ihren Weg

wonach die Mehrheit des deutschen Volkes keine Fortschritte in der Demokratisierung gemacht habe. „Sehr viele haben erkannt, daß die demokratische Erneuerung Deutschlands Jahre dauern wird. Ich bin der Überzeugung, daß Fortschritte gemacht worden sind. Aber ich gebe zu, daß es lange dauern wird, bis sich ein demokratischer deutscher Staat mit einer überwiegend demokratischen Einstellung entwickelt hat.“

Wirtschaft ungenügend entnazifiziert

Hannover, 27. Jan. (dena) Wir können es nicht verantworten, daß die deutsche Öffentlichkeit glaubt, die deutsche Wirtschaft sei bereits entnazifiziert, heißt es in einem offenen Brief an den Leiter des britischen Kontrollrates für Deutschland und Oesterreich, Minister John Hynd, in dem der kommissarische Landesleiter der KPD für Niedersachsen, Kurt Müller, zur Frage der Entnazifizierung in der britischen Zone Stellung nimmt.

Zahlreiche Schlüsselstellungen im Zentralamt für Wirtschaft, im Verwaltungsamt für Stahl und Eisen, in der Versorgungszentrale des deutschen Bergbaus, im Verkehrswesen seien von ehemaligen prominenten Nazi-Wirtschaftsleitern besetzt. Der Brief schließt mit der Forderung, die Entnazifizierung endlich zu verwirklichen und die Treuhänder des kriegsgelähmten deutschen Finanzkapitals zur der Wirtschaft zu entfernen.

Entnazifizierungen anderer Zonen anerkannt

Wiesbaden, 27. Jan. (dena) Personen, deren Fall vor einem auf Grund der Kontrollratsanweisung Nr. 38 gebildeten Gerichtshof für franz., brit. oder sowjet. Zone, der die Zuständigkeit zur Verhängung von Sühnemaßnahmen hat, abgeschlossen worden ist, werden nach Mitteilung des hessischen Ministeriums für politische Befreiung in der US-Zone nach dem Befreiungsgesetz nicht erneut unter Anklage gestellt.

Beschäftigungsermächtigungen der drei anderen Militärregierungen übereinstimmend der amerikanischen Militärregierung gleichgestellt.

Was man zum Urteil Kabus sagt

Einer Umfrage des PD entnehmen wir folgende Äußerungen über das Urteil im Kabus-Prozess.

Wirtschaftsminister Veit (SPD), Stuttgart: „Eine Stellungnahme zu einem strafgerichtlichen

Stuttgart, 27. Jan. (Eig. Bericht) „In Württemberg-Baden haben wir wohl den ersten Fall, daß eine besondere Dienststelle zur Bearbeitung von Fragen des künftigen Friedensvertrages und von Fragen der Neugestaltung Deutschlands geschaffen wird“, erklärte Staatssekretär Eberhard unserem Korrespondenten.

„Es handelt sich zunächst nur um vorbereitende Arbeiten. Mich leitet dabei vor allem der Gesichtspunkt der Schaffung einer friedlichen Demokratie.“

Stuttgart, 27. Jan. (dena) „Das deutsche Volk ist nicht geeignet, einen zentralistischen Staat zu bilden“, erklärte der bayerische Kultusminister Alois Hundhammer in einer Rede.

„Wir sind keine Separatisten. Wir wollen das demokratische Selbstbestimmungsrecht der Länder und in dem Fragen, die gemeinam sind, die Entscheidung einer noch zu schaffenden Zentralregierung. Der Zentralismus würde uns um tausend Jahre zurückwerfen. Ein zentralistischer Staat hat die Tendenz, seine Grenzen zu erweitern, ein föderalistischer Staat aber wird immer friedliebender sein.“

Marshall für Politik Byrnes

Washington, 27. Jan. (ap) Der neue Außenminister der Vereinigten Staaten, General George Marshall, ist aufgefordert worden, dem außenpolitischen Ausschuss des Senats eine umfassende Darlegung seiner Ansichten über die amerikanische Außenpolitik zu geben.

General Marshall, der vermutlich an der Moskauer Konferenz teilnehmen wird, ließ durchblicken, daß er die Politik seines Vorgängers, James F. Byrnes, als die der USA und nicht als die Politik einer Privatperson betrachte, und sie aus diesem Grunde fortsetzen werde.

Deutsche Kriegsgefangene in Polen

Berlin, 27. Jan. (dena)

- Napota Karl 13. 8. 06. Naumann Albert 6. 8. 04. Naumann Alfred 12. 6. 06. Naumann Emil 2. 1. 04. Oehrich Edmund 11. 4. 16. Oehmann Heinrich 11. 2. 01. Oehrich Georg 10. 12. 05. Oehrich Wilhelm 3. 8. 14. Panter Otto 9. 9. 12. Pantermehl Wilhelm 3. 3. 06. Pantero Bernhard 12. 8. 21. Pantke Paul 14. 6. 15. Rantun Will 27. 1. 01. Randberg Heinrich 18. 6. 21. Randt Helmut 13. 6. 28. Randlkofer Simon 8. 12. Sambale Franz 15. 8. 13. Sameske Egon 17. 2. 15. Samitz Otto 23. 5. 35. Samolik Paul 3. 7. 05. Samson Matthias 25. 8. 98. Schafer Fritz 5. 4. 07. Schafer Fritz 21. 6. 98. Schafer Georg 18. 3. 01. Schafer Gerhard 30. 7. 21. Schafer Gerhard 8. 2. 27. Stamm Rudolf 17. 1. 17. Stamminger Friedrich 4. 7. 98. Stammer Artur 5. 1. 1900. Stammer Johann Egon 11. 1. 20.

(Forts. in nächster Nummer)
Innenministerium Württemberg-Baden.

den Urteil ist nur demjenigen möglich, der bei der mündlichen Verhandlung zugegen war.

Ich bin deswegen nur in der Lage, grundsätzlich zu der Frage Stellung zu nehmen, welche Strafe Mensch verdient haben, die mit den Mitteln der Gewalt und des Terrors den Versuch unternahmen, an den bestehenden Verhältnissen etwas zu ändern. Wer jetzt noch nicht erkannt hat, daß die Mittel der Gewalt und des Terrors ungeeignet sind und im Endeffekt das ganze Volk ins Unglück führen, dem ist nicht mehr zu helfen. Im Interesse seiner Selbsterhaltung muß das Volk solche Elemente erbarmungslos ausrotten und darf sich nicht wie in der Weimarer Zeit dazu verführen lassen, in der Jugendlichkeit oder in dem angeblich nationalen Willen solcher Menschen Mißverurteilungen zu sehen.

Die Jugend sollte erkennen, daß eine wackelige nationale Taute und in aller Zukunft nur in der friedlichen, unaufhörlichen Arbeit an der Gestaltung unserer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Situation gesehen werden kann.“

Arbeitsminister Rudolf Kohl (KPD), Stuttgart:

„Gerecht. Es wäre sehr verhängnisvoll, gegenüber diesen Elementen unangebrachte Milde walten zu lassen.“

Erika Buchmann, für die Leitung der „Schwabischen Volksjugend“, Stuttgart: „Wir empfinden das Urteil gegen Kabus als gerecht, gegen die übrigen Angeklagten als hart, und wir sehen in ihm eine Warnung für alle terroristischen Elemente, die noch in der Vergangenheit wurzeln. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die Hinrichtung der Geschwister Scholl und zahlreicher wahrhaft national denkender Deutschen.“

Gleichzeitig beleuchtet das Urteil die tragische Situation der deutschen Jugend. Wir können nicht umhin, auf darauf hinzuweisen, daß die Mehrzahl der Verurteilten ein Opfer ihrer falschgeleiteten Erziehung sind. Und hier liegt die Schuld nach unserer Meinung nicht allein bei ihnen.

Wir fragen: Wo ist neben zahlreichen Abhandlungen über die Situation unserer Jugend die wirklich praktische Hilfe?“

Für friedliche Demokratie

„Unsere Zukunft hängt auf die Dauer davon ab, in welchem Verhältnis wir zu den Nachbarstaaten stehen werden. Unsere Hoffnung ist, daß die amerikanische Regierung uns dazu helfen wird, zu ihnen nicht nur in ein politisch-erträgliches, sondern vor allem in ein wirtschaftlich fruchtbares Verhältnis zu treten. Wird nicht die wirtschaftliche Eingliederung Deutschlands in Europa den Nachbarn die größte Sicherheit geben, insbesondere, wenn dieses Deutschland nicht überzentralisiert ist?“

Für föderatives Deutschland

Nürnberg, 27. Jan. (dena) „Das deutsche Volk ist nicht geeignet, einen zentralistischen Staat zu bilden“, erklärte der bayerische Kultusminister Alois Hundhammer in einer Rede.

„Wir sind keine Separatisten. Wir wollen das demokratische Selbstbestimmungsrecht der Länder und in dem Fragen, die gemeinam sind, die Entscheidung einer noch zu schaffenden Zentralregierung. Der Zentralismus würde uns um tausend Jahre zurückwerfen. Ein zentralistischer Staat hat die Tendenz, seine Grenzen zu erweitern, ein föderalistischer Staat aber wird immer friedliebender sein.“

Marshall für Politik Byrnes

Washington, 27. Jan. (ap) Der neue Außenminister der Vereinigten Staaten, General George Marshall, ist aufgefordert worden, dem außenpolitischen Ausschuss des Senats eine umfassende Darlegung seiner Ansichten über die amerikanische Außenpolitik zu geben. General Marshall, der vermutlich an der Moskauer Konferenz teilnehmen wird, ließ durchblicken, daß er die Politik seines Vorgängers, James F. Byrnes, als die der USA und nicht als die Politik einer Privatperson betrachte, und sie aus diesem Grunde fortsetzen werde.

Deutsche Kriegsgefangene in Polen

Berlin, 27. Jan. (dena)

- Napota Karl 13. 8. 06. Naumann Albert 6. 8. 04. Naumann Alfred 12. 6. 06. Naumann Emil 2. 1. 04. Oehrich Edmund 11. 4. 16. Oehmann Heinrich 11. 2. 01. Oehrich Georg 10. 12. 05. Oehrich Wilhelm 3. 8. 14. Panter Otto 9. 9. 12. Pantermehl Wilhelm 3. 3. 06. Pantero Bernhard 12. 8. 21. Pantke Paul 14. 6. 15. Rantun Will 27. 1. 01. Randberg Heinrich 18. 6. 21. Randt Helmut 13. 6. 28. Randlkofer Simon 8. 12. Sambale Franz 15. 8. 13. Sameske Egon 17. 2. 15. Samitz Otto 23. 5. 35. Samolik Paul 3. 7. 05. Samson Matthias 25. 8. 98. Schafer Fritz 5. 4. 07. Schafer Fritz 21. 6. 98. Schafer Georg 18. 3. 01. Schafer Gerhard 30. 7. 21. Schafer Gerhard 8. 2. 27. Stamm Rudolf 17. 1. 17. Stamminger Friedrich 4. 7. 98. Stammer Artur 5. 1. 1900. Stammer Johann Egon 11. 1. 20.

(Forts. in nächster Nummer)

Das freie Wort

Herr Hugo Benkert, Karlsruhe, Koblenz, straße 17, schreibt uns: „Nachstehendes Erlebnis veranlaßt mich, in aller Öffentlichkeit an die zuständigen Stellen die Frage zu richten, unter welchen Voraussetzungen Einzelnen bei der deutschen Polizei vorgekommen werden. Am Dienstag, den 9. Januar, befand ich mich in den Abendstunden in dem Gastzimmer der „Marxzeiler Mühle“. Es waren dort außerdem anwesend vier junge Skiläufer und ein Landespolizist der dortigen Grenzschutzpolizei. Skiläufer unterhielten sich über verschiedene Probleme, ich mischte mich in diese Unterhaltung ein und wir kamen auf die Frage zu sprechen, wie synthetische Lebensmittel in den KZ-Lagern zu beschaffen. Hier schaltete sich der anwesende Landespolizist ein. Er versuchte, auf Grund angeblich gemachter Erfahrungen die chemischen KZ-Knappheiten zu erklären, erbrachte hinstellend und stellte dem gegenüber, daß es in der Gefangenschaft weit schlimmer gewesen wäre als in den KZs. Aus seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß er aktiver Spanienkämpfer von 1936 bis 1938 in der Legion Condor war und im jetzigen Krieg will er Kompanieführer gewesen sein. Der Verlauf der Unterhaltung bewies mir, daß er heute bei jeder Gelegenheit versucht, die deutsche Jugend durch Verbreitung von Greuelberichten zu vergiften. Ich bin der Meinung, daß solche Landesknechtsturen in der Polizei eines demokratischen Staates nichts zu suchen haben, sehr zu bedauern ist, daß die Einstellung solcher Leute in den Polizeileitungen die die Tauglichkeit zum Polizeidienst nur in der Erfüllung einer militärischen Rangliste sehen.“

Stimme der Parteien

Unter dieser Rubrik sprechen die Parteien außerhalb des Rahmens der Verantwortlichkeit der Redaktion. Die hier veröffentlichten Beiträge der Parteien stellen also keine Meinungsäußerung der Zeitung dar.

Politik im Interesse der Wähler!

Mit der Feststellung, daß Parteien und Parteiarbeit stets nur vom sachlichen Standpunkt aus betrachtet werden sollten, nimmt die SPD-Ettlingen in der „BNN“ vom 11. 1. 47 unter der Überschrift „Parteien“ einen „sachlich“ merkwürdigen Standpunkt ein.

Wir fragen die SPD in Ettlingen: Hat die Erledigung des Amtsgeschäfts des Bürgermeisters Kaufmann während seiner Abwesenheit als Abgeordneter der Verfassunggebenden Landesversammlung in Stuttgart oder später infolge seiner Krankheit irgendwann oder irgendwo eine Notwendigkeit, die einige Stadtratssitzungen aus dem vorgenannten Gründen ausfallen müssen, was übrigens unter gleichen Verhältnissen anderwärts auch der Fall war, zu finden? Unsere Hoffnung ist, daß die Mitglieder der CDU beanstandet und dahingehend Abhilfe geschaffen, indem der 1. Stellvertreter des Bürgermeisters Kaufmann persönlich ersuchen, sich zur Verfügung stelle. Wir stellen fest:

- a) Es sind keine Amtsgeschäfte während der Abgeordnetentätigkeit des Bürgermeisters versäumt worden.
- b) Die beiden Stellvertreter des Bürgermeisters haben nach der Anweisung des Bürgermeisters vor dessen Abreise nach Stuttgart die amtlichen Ressorts zugewiesen und in ihnen die ihnen zugefallenen Vollmachten gehabt.
- c) Der Bürgermeister selbst war in dieser Zeit wöchentlich trotzdem 50-60 Stunden im Amt.
- d) Wichtigste Entscheidungen dem Bürgermeister vorgelegt worden er erreichbar ist, ist eine Selbstverständlichkeit.

Was die Ettlinger Wähler sonst noch interessieren dürfte, ist folgender Tatbestand: Das tragische Wahlplakat der SPD-Ettlingen, das mehr Unwahres als Wahres verkündete, wurde vom Aufstellungsplatz entfernt und bei der Polizeiverwaltung abgeliefert, weil dieses betrügerisch und ungesetzlich war. In Windfang, anstatt vorchriftsgemäß außerhalb des Wahllokales, aufgestellt war. Das Plakat wurde sofort vom Bürgermeister freigegeben, als ihm die Verhältnisse der Wahllokale zur Zusage, daß dieses den Vorschriften entsprechend außerhalb des Wahllokales aufgestellt werde. Weiter bemerken wir: Ist es undemokratisch, wenn in Ettlingen genau so verfahren wird, wie in anderen deutschen demokratischen Städten (wir nennen hier nur Frankfurt, Hamburg usw.) auf dem Rathaus Neujahrsempfänge gestattet werden unter gleichzeitiger Freigabe eines Spenderverzeichnisses? Wir wissen doch alle, daß derartige Neujahrsempfänge als eine demokratische Einrichtung zur persönlichen Verbindung zwischen Amt und Volk gerade im demokratischen Ausland betrachtet werden. Und da wagt die SPD-Liste Ettlingen von Nazizeit zu sprechen!

Die SPD in Ettlingen sollte mit Veröffentlichungen etwas vorsichtiger sein und sich überlegen, wer der Nazi-Gesellschaft, die die Ettlinger Wähler zum Kaufmann vom ersten Auftreten dieser unglückbringenden Geistesrichtung an bekämpfte und dafür Stellung und Einkommen verloren hat. Jedemfalls sollte einem SPD-Vorstand nicht nachgesagt werden dürfen, daß er sich auffallend für den „Heil-Hilfer-Grupp“ eingesetzt hat; von mehr nicht zu reden. Wir wollen dies nur erwähnen, um die Beständigkeit der Persönlichkeit eines Spenderverzeichnisses zu erinnern. Es ist sonst nicht unsere Aufgabe, solche Hinweise in der Öffentlichkeit zu machen; wir wollen uns lieber im Interesse unserer deutschen Mitbürger an sachliche Aufbau- u. Parteiarbeit halten.

Bürgermeister Kaufmann hat einen entscheidenden Fehler: Er verteidigt sich nicht gegen persönliche Angriffe. So werden wir das in Zukunft für ihn besorgen. CDU, Ettlingen.

Man darf sich aber als Frau freuen, daß die heutige junge Männerwelt aus sich heraus wieder das Gute sucht. Sie verlangt nach dem Idealbild, das einst die Mutter als erste Frau im Leben des Knaben war und das der junge Mensch sich in langen Kriegs- und Gefangenensjahren vorgestellt hat. Das langentbehrte Elternhaus, die Fürsorge weicher, zarter Frauenhände, die Schöne und Gutes schaffen können, dazu frauliches Wesen, das den Gegensatz zu männlicher Kraft und Herbit bilden soll, steht ihm vor Augen, wenn es sich die zukünftige Lebensgefährtin wünscht.

Tausende junger Mädchen entsprechen heute auch diesem Bild und warten auf die Erfüllung des Frauenlebens mit all den reinen Hoffnungen, die ein junges Herz durchziehen. Diese Mädchen aber leben heute ihr Leben zurückgezogen im Elternhaus, weil in Stadt und Land durch die schwere Nachkriegszeit die Möglichkeit fehlt, die manche zueinander führt. Es ist bei vielen Mädchen auch der Kampf um die Existenz fürs spätere Leben, der die Kraft so sehr in Anspruch nimmt, so daß sie zu gesellschaftlichem Leben keine Zeit aufbringen können, zumal die häusliche Not noch mit zu beheben ist. Sie bleibt leider vielen Männern nur die sie ablehnen und ablehnen müssen. Magher ist zum einsamen Wanderer bestimmt, der in geselligem Kreise edler Frauen und Mädchen sich Lebensschwung und Lebensfreude holen könnte. Durch frohes Zusammensein würde auch die natürliche Freiheit der jungen Menschen ihren Weg suchen, den Weg der Romantik, der Weg Ideellen und Schönen, die Moral und Sitte in sich tragen als Persönlichkeitswerte.

dem Kreis der anderen und ihre besonderen Wege gehen oder gehen müssen. 12 Jahre lang wurde der Frau zugesagt, daß die in der marxistisch-liberalistischen Ära unerfüllten frauenlichen Wünsche nun befriedigt werden sollen im dritten Reich. „Der Führer ermöglicht jeder Frau, sich ihrer natürlichen Aufgabe zu widmen.“ Leider haben so viele Frauen nicht gemerkt, daß all die Maßnahmen, die zur Ausführung dieser Versprechen führen sollten wie Ehestanddarlehen, Mutterkreuze, Kinderprämien, Verherrlichung des unehelichen Kinderkrieges schon im jugendlichen Alter oder in außerehelichen Verbindungen nur dazu dienen, Hitler das nötige Kanonenfutter zu verschaffen. Die Frau war unpolitisch genug, damals, nicht zu sehen, wie diese Machtpolitik Hitlers völlig außerhalb der allgemein wirklichen Ideen- und Interessenkreise lag und so wirkte bei vielen Frauen diese Demagogie verheerend. Sie wirkte vor allem bei vielen Jungedulichen zerstörend, die im Hitlerreich groß geworden waren. Diese wußten nicht mehr, daß Muttertum natürliche Anlage jedes weiblichen Geschöpfes ist, während zu Persönlichkeiten Mann und Frau erzogen werden oder sich selbst erziehen.

Dazu kam noch, daß die Frau im dritten Reich gesetzlich völlig rechtlos gemacht wurde, so daß sie zum Objekt heruntersank. Hier in Hitlers Männerstaat kam die seit Jahrtausenden bestehende Ueberheblichkeit der Männer gegenüber der Frau so sehr zum Ausdruck, daß die Frau entwürzelt, politisch ausgeschaltet und kritisch gemacht, durch die Hitlerideologie vielfach hemmungslos wurde.

Aber so lange der Mann von der würdelosen Frau nicht selbst Abstand nimmt, hat er auch nicht das Recht, von einer Unmoral der Frau zu sprechen oder die Frauen zu verurteilen.

Diese Frauen, die in Treue durchlitten, leben heute wieder ihr Leben als Edelfrauen und Bräute weiter in der Form, die ihrem Wesen entspricht, das sie dem Manne liebende Frau und treuer Kamerad sein läßt. Und wieviele Kummerfalten muß gerade heute eine Frau glätten bei ihrem Manne!

Aber nicht alle Steine, die glitzern, sind Edelsteine. Das wissen wir Frauen auch und wir wollen auch davon sprechen. Man denkt an jene Frauen, die selbst ausscheiden aus

